

Mari Marcel Thekaekara

Der lange Kampf der Adivasi in Kerala um ihre Landrechte Wird ihnen je Gerechtigkeit widerfahren?

In Kerala stehen die Adivasi mit dem Rücken zur Wand. Durch die Verstaatlichung der Wälder haben sie seit dem 19. Jahrhundert in ihrem Zuhause nicht mehr das Sagen. Die Briten verwirklichten damals als erste in Indien die Vorstellung vom Wald als Einnahmequelle. Die einheimischen Fürsten hatten dagegen diesen stets nur zum Jagen, Reiten und für andere Sportarten genutzt. Keineswegs betrachteten sie den Wald als ihr persönliches Eigentum. Entsprechend respektierten sie auch das Recht der Waldbewohner, Wildfrüchte, Nahrung und Futter zu sammeln.

In den britischen Kolonien stand weltweit das Fällen wertvoller einheimischer Baumarten im Vordergrund, um somit Platz für Teak-, Rosenholz- und Mahagony-Plantagen zu schaffen. Dadurch bekamen überall die einheimischen Völker Ernährungsprobleme: Wegen der Plantagenwirtschaft wurden die natürliche Nahrungsquellen – Knollen, Samen, Früchte und Gemüse – vernichtet. Dasselbe gilt für die für den Hausbau wichtigen Walderzeugnisse wie Bambus und Palmbblätter. Die neue Forstpolitik führte zu einer Verarmung der Adivasi. Dieser Prozeß intensivierte sich während des Ersten und Zweiten Weltkriegs, als der Bedarf von Holz für den Bau von Schiffen und von Schlafwagen für die Eisenbahn sehr hoch war.

Die Unterdrückung und die Einschüchterungen der kolonialen Steuereintreiber führten im gesamten Land zu Widerstand, der auf Seiten der Adivasi mit der Erhebung der Mal Paharias von 1772 seinen Anfang nahm. Indienweit, darunter auch in der Region Waynad in Kerala, fanden rund 75 größere Adivasi-Aufstände gegen die britische Gewaltherrschaft statt. 1864 ermächtigten sich die Briten im Zuge ihrer Forstgesetzgebung, jegliches Land, das mit Gestrüpp, Unterholz, Bäumen oder Wildnis bedeckt war, zu Staatseigentum zu erklären. Quasi über Nacht wurden die Waldbewohner zu illegalen, kriminellen Landbesetzern. Sie konnten von nun an rechtmäßig bestraft werden. Weiterhin wurden Adivasi-Rechte durch das Forstgesetz von 1878 verletzt, womit die Kategorien „reservierte Wälder“, „geschützte Wälder“ und „Dorfwälder“ eingeführt wurden. 1896 erhöhten die Briten juristisch den Druck weiter, indem sie das Recht, Brennholz zu sammeln und zu verkaufen, für nichtig erklärten. In einem nächsten Schritt wurde auch das Weideland unter die Kontrolle des Staates gebracht. Die Forstgesetzgebung von 1927 schließlich änderte die Kategorie der „Rechte von Gemeinschaften“ zu „Vorrechten von Personen“.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1947 setzte Indiens jetzt souveräne Regierung den kolonialen Umgang mit Adivasi-Rechten fort. Hinsichtlich dieser Rechte wurde stets der Eindruck vermittelt, als ob es sich um „Privilegien“ oder „Zugeständnisse“ seitens der Regierung handele. Die Forstgesetzgebung von 1952 bedeutete eine Fortsetzung der unter den Briten begründeten Tradition. Dieser Trend hielt die nächsten vier Jahrzehnte an. Mit der Nationalen Forstpolitik von 1988 fand erstmals eine Kehrtwende statt: Der Schwerpunkt wurde von „Produktivität und Profit“ auf „Schutz“ verschoben. Für den Eigenbedarf wurde den Adivasi wieder Zugang zu den Waldprodukten gewährt. Die Erweiterung des Gesetzes zum Schutz von Wildtieren von 1991 betonte die aktive Beteiligung der Adivasi am Schutz der Wälder. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch der Schaden, der Adivasi-Gemeinschaften im Namen des Waldschutzes zugefügt worden war, bereits unermesslich. Von den 600.000 Menschen, die landesweit aus Naturschutzgebieten und Nationalparks vertrieben worden waren, entstammten 500.000 den Adivasi, die im Zuge dieses Prozesses völlig verarmt waren.

Auch in Kerala verarmten die Adivasi mehr und mehr. 2002 gab das Oberste Gericht dieses Bundesstaates der Landesregierung den Auftrag, 9.000 Hektar Land an landlose Adivasi zu

verteilen. Der damalige Ministerpräsident A.K. Anthony versprach je nach der lokalen Verfügbarkeit von Land jeder Familie zwischen minimal 0,4 Hektar und maximal 2 Hektar. Dies blieb jedoch eine lediglich mündliche Zusicherung. Ein förmlicher Regierungserlass kam nie zustande. Eine von Keralas Regierung durchgeführte Erhebung ergab die Zahl von 13.500 landlosen Adivasi-Familien. Daraufhin machte der Ministerpräsident jedem Distrikt-Chef die Vorgabe, Land an Adivasi-Familien zu verteilen. Jedoch kamen nur wenige Distriktleiter dem nach. Zum Start dieser Kampagne verteilte der Ministerpräsident persönlich je 0,4 Hektar an 100 Familien im Distrikt Idukki. Als nächste erhielten 100 Familien im Distrikt Kozhikode jeweils 0,4 Hektar. Im Distrikt Vythiri waren 715 Adivasi-Familien als landlos identifiziert worden. Jedoch nur 300 von ihnen erhielten je 2 Hektar auf der Sugandhiri Kardamom-Plantage. Darüber hinaus bekamen 100 Familien je 1,2 Hektar. Dem Distriktchef von Waynad wurde aufgetragen, 160 Hektar von der Aralam-Plantage zu verteilen. Im Distrikt Idukki war das verteilte Land trocken und steinig. Es war für den Ackerbau völlig ungeeignet, so dass es die meisten Menschen kurz nach der Übergabe wieder verließen.

Auf Betreiben lokaler Politiker protestierten an vielen Plätzen Nicht-Adivasi-Bauern gegen die Verteilung von Land an Adivasi. Dies schreckte die Regierungsangestellten davon ab, der Anordnung des Ministerpräsidenten Folge zu leisten. Das Land, das in Aralam zur Verteilung vorgesehen war, gehört der indischen Zentralregierung. Falls die Landesregierung dieses Land zur Verteilung an die Adivasi haben will, müsste sie umgerechnet etwa 69 Mio. Euro an die Zentralregierung bezahlen. Die Bezahlung steht noch aus. Da die Adivasi dieser und anderer leerer Versprechen überdrüssig waren, entschieden sie, weiter für ihre Rechte zu kämpfen. Aber auch ihre Gegner sind nicht untätig: Eine Bauerngewerkschaft hat das oberste indische Gericht in Delhi angerufen, um das erwähnte Urteil des obersten Gerichtes von Kerala anzufechten.

Die Bewegung Adivasi Kshema Samiti [der kommunistischen Partei nahestehende Adivasi-Bewegung, Anm. d. Red.] hat 1.600 landlose Adivasi motiviert, ursprünglich bewaldetes Land zu besetzen. Diese Initiative wird von einigen politischen Parteien unterstützt. Die Adivasi haben sich in dem Gebiet häuslich niedergelassen. Ohne dass die Forst- oder Finanzbehörde ihre Siedlung geräumt hätte, leben sie dort seit März 2004. Die Regierung behauptet, sie hätte nur geringen Handlungsspielraum: Sie erklärt, sie habe nicht genügend ungenutztes Land, das an die 13.500 Familien verteilt werden könnte. In den Untersuchungen unabhängiger Nicht-Regierungsorganisationen wurde jedoch festgestellt, dass die Regierung über 440.000 Hektar ehemals bewaldetes Land verfügt, das verteilt werden könnte. Dazu ist jedoch das Einverständnis der Zentralregierung in Delhi erforderlich.

Mari Marcel Thekaekara. Die Autorin ist eine aus Kerala stammende Journalistin. Recherchen: K.T. Subramaniam. Übersetzung: Hans Escher. Dieser Artikel gibt den Stand von September 2004 wieder. Weitere Informationen zu dem Thema finden sich im Adivasi-Rundbrief 19 (Juli 2003).

Erstveröffentlichung in pogrom-bedrohte völker (Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen) Nr. 230, 2/2005